

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 8.

Sonntag, den 19. Februar 1922.

4. Jahrgang

Verlagsgesellschaft „Lobzer Freie Presse“ in b. J.
Berkauer 88. Geldsendungen und die Geschäftsordnung
betreffende Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter Ludwig Wolff.
Zum Abdruck bestimmte Manuskripte sind an den
Schriftleiter L. W., Gdansk-Str. 112, zu
richten. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 20 Mk. vierteljährlich
f. Deutschland R. 12. — Einzelgenpreis: für die sechs-
gepaltene Kleinzeit R. 40 —, für Deutschland R. 12.5 —

Verständigung?

In der „Lobzer Freien Presse“ veröffentlichten wir die Stimme eines gelegentlichen Warschauer „Arbeiter“ unserer Zeitungs zur Verfassungsfrage der evangelischen Kirche und des von den Warschauer Kirchenbehörden lehnend gedachten Willens zur Verständigung. In den nachfolgenden Ausführungen aus geschäfter Feder wird hingewiesen, daß dieser Wille zur Verständigung nur geäußert ist.

Die Schriftleitung.

Der Naderische Kirchenbesetzung gelangte bereits im Sejmanschuß für Verfassungen (letzten) zur Durchsicht. Zwei der ersten Paragraphen wurden nach einigen Verbesserungen angenommen. Mit aller Macht und Eifer sind die am Besetzungswort interessierten Personen dabei, die endgültige Durchberatung und Annahme zu beschleunigen. Wer weiß, wie sonst die Verhältnisse im künftigen Sejm sich gestalten können? Was somit der gegenwärtige Sejm zum Gesetz erheben würde, das ließe sich in der Folgezeit nicht ohne weiteres ansetzen geschweige denn kürzen. Darum hurtig ans Werk, alle Hebel in Bewegung gesetzt!

Es mehren sich bereits die Anzeichen eines gewalttätigen Sturmes. Das Donnern und Wüten wirkt erdrückend und unheilverheißend auf die gedrücktesten Gemüter der Kirchengewaltigen. Daß der Sturm hat losbrechen müssen, wo nur eine kurze Spanne Zeit und vor der Erfüllung unserer kühnsten Wünsche, dem Inkrafttreten des Naderischen Gesetzes trennt, senkt mancher von ihnen eine unliebsame Störung bereitet den geistlichen Herren der Ruf nach einer Freikirche, der seit drei Monaten in den Spalten der deutschen Zeitungen Kongresspolens erschallt. Wie ungegen man es auch tat — Stellung mußte zu dieser „heiligen“ Frage genommen werden. Latschweigen konnte man auf die Dauer diese wichtige Sache nicht.

Nach altem bewährtem Rezept begann man mit Verdächtigungen und Verleumdungen um sich zu werfen. „Sektierer“, „Demagogen“, „Doktrinenpropheten“, „Politische Agitatoren“ und dergleichen „ehrenden“ Namen, die leider zum täglichen Brot manches Seelenhirnen gehören und sonntäglich eine Predigten „Schmücken“, wurden skrupellos den mutigen Verkündern des Freikirchengebans an den Kopf geschleudert. Die Absicht lag klar auf der Hand: einschüchtern, entmutigen und zaghaft machen wollte man die unentwegt sich dem Gedanken der Freikirchengründung bekennende Schar. Doch „Vangemachen gilt nicht“, sagte man sich. Der Gedanke der Trennung von Kirche und Staat zog immer weitere Kreise, der befreiende Ruf drang weit in Stadt und Land

zu den bedrängten Glauben-gehoffen. Vielen wurde er zum hoffnunggebärenden Lichtstrahl, der aus dem Dunkel der gegenwärtig so unerquicklichen kirchlichen Verhältnisse zum Tag der Freiheit, der Selbständigkeit unserer teuren lutherischen Kirche hierzulande führen sollte. Es wurden vielerorten Beratungen gepflogen, wie dem Gedanken der Freikirche zum noch größeren Durchbruch zu verhelfen wäre. Denn die Bevormundung der Gemeinden und deren Bevormundung durch die völlig mit politischen Machtgelüsten durchdrungenen höheren Kirchenbehörden durfte länger stillschweigend nicht geduldet werden. Los von Warschau! wurde zur Lösung Tausender und Abertausender von Evangelischen.

„Die Sache wird gefährlich“, der Einfluß der Verfechter des Freikirchentums nimmt von Stunde zu Stunde an Umfang und Tiefe zu, dadurch unsere seit Jahrzehnten mit Geschick und Folgerichtigkeit betriebene „seelsorgerische“ Arbeit mit einem Schlag zunichte machend. Die Stunde ist ernst. Was tun?“

So klagt man in den Reihen der Bischöflich-gefinnten. Und man beriet, sann, erwog — und erteilte den Befehl zum Rückzug. Die Trompetenbläser fanfanten nun in die vermintete Welt: „Deshalb wird solche Kirche (gemeint Freikirche) immer unser Ideal und letztes Ziel sein“ . . . „Solch eine zarte und herrliche Blume wie die Freikirche“ . . . „die Freikirche bleibt unser letztes Ziel“.

Nachträglich erscheint im „Evangelischen Wochenblatt“, aus welcher Zeitschrift wir die Möglichkeit haben, über Freud und Leid des Pastors Michels etwas zu erfahren (Aussätze anderer Pastoren erscheinen sehr selten) ein Artikel „Vor der Verständigung?“. Also sogar mit Waffenstillstandsgedanken trägt man sich. Gut. Es wird den Ausführungen eines Mitarbeiters der „Lobzer Freien Presse“ viel Aufmerksamkeit geschenkt, es steht aus, als verbeuge man sich förmlich vor dem Verfasser, indem man zugibt, „daß er sich deutlich und entschieden auf die Plattform stellt, auf der allein die Verständigung möglich ist“.

Man raucht mit vollen Zügen die Friedenspfeife. „Friede, Friede auf Erden“. „Wozu der Kampf, das gegenseitige Sichbefehden, noch um ein kleines — und der Naderische Besetzungswort ist fertig. Dann werden wir einen anderen Ton anschlagen, jetzt aber hübsch lacht und menschenfreundlich.“

„Mit Speck fängt man Mäuse“, sagt ein gutes deutsches Sprichwort. Der Friedensstou, den aus der Wind aus der Richtung Warschau

bringt, ist dazu bestimmt, uns einzuschläfern und friedfertig zu machen. An seine Aufrichtigkeit glauben wir keinen Augenblick. Zur Genüge sind uns die politischen Schachzüge des Warschauer Vatikan's bekannt.

Das Gespenst der Freikirche verfolgt die Herren bei Tag und bei Nacht. „Eine abcheuliche amerikanische Erfindung die von einem bösen Dämon nach Kongresspolen verpflanzt wurde“ — Weiber. Die Not der Zeit hat es mit sich gebracht, daß wegen die Anechtung der Gewissen im Freistaat Polen enerallch Front gemacht werden muß. Fort mit dem Naderischen Gesetz! Sind wir nicht mündig, haben wir nicht das heilige Recht, in Sachen unserer evangelischen Kirche mitzusprechen? Sollen wir fernherhin eine Schar Unmündiger darstellen, die von hoher Stelle aus Befehle zu erhalten hat? Sollen unsere Wünsche stets übergegangen werden? Will man uns auch fürder immer wieder mit der politischen Polizei drohen?

Die politische Gewalt muß unsere Gemeindeglieder, unsere Gemeinden zusammenhalten, sonst läuft alles auseinander. Die Pastoren müssen auf der Landessynode die beinahe gleiche Zahl von Vertretern haben wie die Laien. Siniemal ja auch sie allein nur die Kirche darstellen. Was soll der gemeine Mann auch auf der Synode? Genug wenn er den Kirchenbeitrag bezahlt. Wir werden schon natürlich für sein himmlisches und irdisches Wohl sorgen“ Nach diesen Gesichtspunkten ist das berühmte Naderische Gesetz aufgebaut. Und das heißt eine Neuordnung und Gesundung unseres kirchlichen Lebens, angebahnt durch die süsslichen Artikel im „Evangel. Wochenblatt“?

Ein Weg zur Verständigung ist nicht zu finden, nachdem man uns, es sei an die Ausführungen des Oberhirten zu Lodz im Februar vergangenen Jahres erinnert, der mit der Faust auf das Hals schlug, wie Schulhuben behandelt hat.

Bleibt alles wie es ist, so gehen wir in kirchlicher Beziehung einer düstern, trostlosen Zukunft entgegen. Denn die Menschen an der Spitze müssen erst von neuem geboren werden, wenn wir ihren Absichten Wahrheit und Wahrhaftigkeit entgegen setzen können.

Sinen neuen Lebenszug, einen frischen Hauch kann in unser morisches Kirchenwesen nur ein auf freibeitlichen kirchlichen Grundgedanken aufgebautes Kirchengesetz, das von eigens dazu gewählten Vertretern der Gemeinden durchberaten und durchbesprochen sein wird, bringen. Den örtlichen Anforderungen entsprechend, das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden berücksichtigend, müssen wir eine unseren Verhältnissen gemäße Freikirche schaffen. Weg vom Staate, hinweg mit der geistlichen Bevormundung! Luther kannte keine Priesterkaste.

Hierin werden wir, das ist klar, mit Warschau niemals eine Verständigung erzielen. Darum — wache Augen und Ohren! Der uns verschlingen will, geht einher wie ein brüllender Löwe...
E. Hummel.

Die Not der Wolga-Deutschen in Strzalkowo.

Einige Bilder unserer armen Wolga-Deutschen will ich, so gut es geht, hier schildern:

Erstes Bild: Da liegen z. B. zwei kleine Geschwister im Alter von 4 bis 6 Jahren, deren Eltern während der Wanderung dem Hungertode zum Opfer fielen, in alten und fast riechenden, schmutzigen Lumpen gehüllt, ganz apathisch mit kurzen Blicken. Der untere Teil ihres kleinen Gesichtes ist vollständig naß; der fortwährende Schnupfen und die Kälte lassen das Rinn des Gesichtes der armen Waisen nicht trocken werden. Beim Umkleiden durch uns mußten den Kindern die Lumpen förmlich vom Leibe geschnitten werden. Chronische Kostkrankheit!

Ein zweites Bild: Ein altes, graues Mütterlein sitzt in einer Ecke, angelehnt an einer Krücke, und hustet andauernd, jedoch schon kaum hörbar. Die Frau hat einst bessere Tage gesehen, ihren Stuhl in Rußland verloren, und sieht jetzt ganz allein da; in zerlumpte Kleider, mit großen Frostbeulen an den abgemagerten Füßen, für welche kein Schuh mehr groß und weich genug sein kann. Ein Erwärmen der Beine der Alten ist bis zu unserer Ankunft im Lager geradezu unmöglich gewesen, da der Raum der Baracke weder Defen noch Heizmaterial besaß. Auf eine Frage, was es sich wünsche, antwortet das Mütterlein: „Ich erwarte den Kranken — aber bitter gesagt — Totenwärter, der mich zur ewigen Ruhe abholen soll!“

Ein drittes Bild: Dort vor der Eingangstür zur Baracke steht eine schöne junge Frau mit bleichem, leidendem Angesicht. Man sieht ihr eine höhere Intelligenz von weitem an. Die Frau steht im kurzen dünnen Röckchen, ohne Strümpfe, die Füße in Lumpen gewickelt, und jammert, daß sie es in der engen, verpesteten Baracke, in welcher 400 Menschen — 100 davon sind inzwischen erkrankt und als solche ins Lagerhospital geschafft worden — hausen, keinesfalls weiter anhalten könne. Gestern erst wurde sie aus dem Spital als geheilt entlassen, und heute wird sie wohl wieder erkranken. Während ihres Aufenthaltes im Spital wurde ihr Mütterlein auf dem öden Lager-Friedhof zur letzten Ruhe gelegt und ihr 10 Monate altes Kind samt ihrem jüngeren Bruder dorthin selbst ohne ihr Wissen einsam beerdigt. Alle diese drei ihrer Lieben durfte sie nicht mehr sehen; ja man sagte ihr im Krankenhaus gar nicht einmal, daß ihre 7 Personen starke Familie, die den großen Leidensweg bis Strzalkowo hinter sich hatte, inzwischen um 3 Mitglieder kleiner geworden sei.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß das provisorische Lodzer Hilfskomitee für Wolga-Deutsche während des letzten Aufenthaltes einiger Mitglieder desselben in Strzalkowo 13 vollen präp. Säcke Kleidungsstücke und Schuhe, 1 Sack Seife, 14 Büchsen Kondensmilch, Kakao, Brot und Wurstwaren an die so schwergeprüften Stammesgenossen unmittelbar zur Verteilung brachte, wofür die Ärmsten den Spendern nicht genug danken konnten. Es fehlt noch ganz besonders an Wäsche für Männer, Frauen und Kinder; ferner an Hosen und Schuhen jeglicher Art. An 100 Personen konnten noch nicht eingekleidet werden, da die Sachen nicht ausreichten. — Ein Hilfskomitee aus Konin, an dessen Spitze Herr Pastor Böffler steht, will noch im Laufe dieser Woche den

Ärmsten weitere entsprechende Hilfe bringen.

Auch unser Komitee wird weiter helfen.

Der einzig fehlerhafte Wunsch der Wolga-Deutschen ist und bleibt, sobald als nur möglich nach ihrer ehemaligen Heimat Deutschland geschickt zu werden.

Otto Graß,
Präsident, Vorsitzender des provisorischen
Hilfs-Komitees für Wolga-Deutsche.

Die Not in Groß-Paproc.

Wir erhalten nachstehenden Bericht:

Aus den Berichten der „Lodzer Freien Presse“ und des „Volksfreundes“ haben unsere Volksgenossen von der großen Not in dieser Gemeinde gehört. Um aber ein klares Bild zu gewinnen, muß man die Not selbst gesehen haben. Nachdem ich einige Tage in Paproc geweilt und die hungernden und nackten Rückwanderer besucht habe, will ich die Not dieser Gemeinde unseren Lesern nochmals in kurzen Worten in Erinnerung bringen.

Wie bekannt, wurden auch dort im Weltkriege die Volksgenossen nach Rußland verschickt. Ein Teil kehrte im Jahre 1918 aus der Verbannung zurück. Sie fanden ihre Heimstätten durch die Kriegesflammen zerstört. So waren alle obdachlos. In Erdhöhlen und Kellern begannen sie ihre Arbeit. Raum hatten sie das Nötige für das nächste Jahr zum Lebensunterhalt bestimmen, da im der Bolschewikeneinfall. Rüge, Pferde und Getreide wurde ihnen weggenommen. Nur was man versteckt und vergraben hatte, blieb zurück.

Die letzten Volksgenossen kehrten mit hohen Augen, halb nackt und krank aus der Verbannung zurück. Alle rafften sich auf und taten, was sie konnten. Sie holten ihre Volksgenossen, unter denen sich auch einige Leichen befanden; die Lebenden mußten auf den Rücken auf die Wagen gebracht werden, denn der Hunger und die Entbehrungen hatten ihre Kraft genommen. So gut sie es nur konnten, pflegten sie die Kranken und Hungernden und teilten mit ihnen Kleidung und Brot. Der mitgebrachte Hunger- und Unverleibstypus hielt aber seine Ernte in Groß-Paproc. Von den Zurückgekehrten sind über 80 Personen schon dem gräßlichen Tode zum Opfer gefallen; die noch Lebenden sehen wie Leichen aus. Keine Kleidung, kein Brot, kein Obdach, alles fehlt! Die strenge Winterzeit brückt sie noch doppelt!

Wegen Hilfe wandte sich der Kirchenvorstand an den Herrn Generalsuperintendenten in Bursche. Er erhielt die trockne Antwort, daß das Konsistorium nicht helfen könne; das Gesuch sei dem Gesundheitsministerium zugesandt worden (!) Wo bleiben aber die Millionen, die unsere Glaubensgenossen in Amerika dem Generalsuperintendenten zur Vinderung der Not von der Art des Elends in Paproc gesandt haben? Stab sie wirklich nur dazu bestimmt, gegen hohe Zinsen ausgeliehen zu werden (siehe das Zirkularschreiben des Konsistoriums an die evangelischen Gemeindekirchen!) Das war die Hilfe des Konsistoriums! (Anmerkung der Schriftleitung: Wie soll der Herr Generalsuperintendenten auch Zeit für die Sterbenden in Paproc haben, wenn er politische Aufträge auszuführen hat!)

Die Notleidenden wandten sich nach Lodz und erhofften von uns, von den Männern und Frauen, in deren Brust noch ein deutsches Herz schlägt, Hilfe.

Die von mir nach Paproc mitgenommenen 50110 M. und Kleidungsstücke, die der „Lodzer Freien Presse“ für die Gemeinde Paproc übergeben worden waren, habe ich persönlich verteilt. Von der übergroßen Not der noch Überlebenden habe ich dem Wolga-Hilfskomitee Mitteilung gemacht. Einige hunderttausend Mark und vor allem Klei-

dinge sind sofort nötig, wenn nicht noch weitere Volksgenossen dem schrecklichsten Tode zum Opfer fallen sollen. Ferner ist notwendig, daß in den Landgemeinden Getreide gesammelt wird, damit die brachliegenden Wirtschaften im Frühjahr bestellt werden können. Auch müßte dafür Sorge getragen werden, daß man den Paprocern Landwirten Darlehen (auch hypothekarisch gesicherte) zum Ankauf von Pferden und Rügen verschafft. Landwirte mit 80 Morgen Land können sich allein durchaus nicht helfen. Ihr Land wollen sie natürlich nur ungern verkaufen. Trotzdem mußte manches Vatererbe notgedrungen verschleudert werden. 4 — 5 Millionen Mark wären hier nötig. Natürlich kann von einem Wiederaufbau der Häuser noch lange nicht die Rede sein. Sie werden auch noch weiterhin in den Erdhöhlen und Kellern hausen müssen.

Die hungernden Paproc-Volksgenossen schauen auf Tod und erwarten ihre Hilfe von uns! Als Erlöser vom Hungertode, als Retter in der Not werden die Lodzer Deutschen dort betrachtet. Heißt die Tränen trocken und die Hungernden spüren, leidet die Nackten, vergesse nicht der Witwen und Waisen! Eine Geldspende, ein abgetragenes Kleidungsstück, ein Maß Brotgetreide wird manches Gemeindeglied in Paproc vor Frost und dem Hungertode retten.

Erfüllt eure Christenpflicht, gebet schnell und reichlich.

Gustav Ewald

Aus Welt und Heimat.

„Traditionelle Toleranz.“

Das Schicksal deutscher Schulen in Polen.

Die deutschen Schulen in Polen haben keinen leichten Stand. Diese Tatsache ist an dieser Stelle wiederholt mit gerechter Empörung gebrandmarkt worden. Ganz besonders schwer ist die Lage der deutschen Landschulen, die unter der Unzulässigkeit polnischer Schulaufsicht zu leiden haben.

Was geht die Nachricht von einem neuen Fall von Verdrückung einer deutschen Behausung zu. Es handelt sich um die Schule zu Bycz bei Peitkav in Rußland, die, wie so viele andere Landschulen, von altersher gleichzeitig als evangelisches Weisheits benützt wird.

Die Unzulässigkeit der katholischen Bauern brachte es zuwege, daß die Schule mittels 1/2 jählicher Bezieher in zwei Teile getrennt wurde, wobei es sich nur darum handelte, die Andacht zu verhindern. Bezeichnend ist, daß der Schulaufsichtsrat (Dzór szkolny) zusammen mit der Polizei die Dreier nach der Schule brachte.

Die polnische Gemeinde will die Schule, um die sie die deutsche Schulgemeinde beneidet, dieser um jeden Preis wegzunehmen, ohne Rücksicht darauf, daß das Schulhaus von den Deutschen erbaut wurde und unterhalten wird. Bis jetzt trug die deutsche Schulgemeinde die Kosten der Ausbesserung ganz allein, obendrein steht die Schule nicht auf dem Schullande, sondern auf einem geschenkt Grundstück.

Diese Beweisführungen der deutschen Vertreter vor dem Schulausschuss und der Polizei fruchteten bei diesen Behörden durchaus nicht, im Gegenteil: Sie lösten nur Beschimpfungen aus. Auf die Frage der Deutschen, wo sie jetzt, da der Schulraum durch eine Bezieherwand durchgetrennt sei, evangelische Andacht halten sollen, wurde ihnen geantwortet: Ihr könnt ja in dem Schweinestall Andacht halten!

Schon ist es mit der konstitutionell verbürgten Gleichberechtigung der Andersstämmigen und Abergläubigen in Polen bestellt!

Und doch wird noch immer von der „traditionellen Toleranz“ in Polen geredet!

Das deutsche Schulwesen im Kreise Wloclawek. Vor dem Kriege gab es im Kreise Wloclawek 12 deutsche Volksschulen, im Kriege, zur Zeit der deutschen Okkupation, 14 einklassige Schulen, eine sechsklassige und ein deutsches Progymnasium in Wloclawek. Jetzt haben nur 5 Schulen die deutsche Unterrichtssprache behalten, und zwar: Groß-Debbe, Ladna, Neudorf, Psary und die im Jahre 1915 gegründete Schule in Durlaty, Existenzberechtigt waren sie alle, außer vielleicht Kowal, das nicht die volle Kinderzahl (40) hatte. Die Einbuße dieser großen Zahl von Schulen haben teilweise die Lehrer, teilweise andere Umstände verschuldet. Vor allen Dingen verdient ein Lehrer aus Wloclawek, der zur Zeit der Okkupation auf den Lehrerabenden vor dem Schulinspektor deutsch-patriotische Reden schwang, an den Pranger gestellt zu werden, da er jetzt als Leiter einer mehrklassigen Volksschule trotz Aufhebung der Eltern, der Schüler und entgegen dem Wunsche des Lehrpersonals die Schule mit Gewalt polonisierte, dabei die Kollegen in ihrem Ansehen untergrub. Das Herz blutet einem, wenn man vom Verrat an der Muttersprache, an der Vater Art und Weise berichten soll. Möge Gott dem Verräter seinen treuen „Dienst“ am eigenen Volke belohnen.

Der Minderheitenschutz. Die Kommission für Minderheitsfragen, die der Völkerbund der Völkerbundsovereine eingesetzt hat, versendet über die erste Tagung, die am 18. und 20. Januar in Brüssel stattfand, folgenden Bericht: „Der Vorsitz führte Sir W. Loughby Dickinson, früheres Unterhausmitglied. Vertreten waren: Deutschland durch den Grafen Bernstorff, Belgien durch Senator Lafontaine, Frankreich durch Professor Aulard, weiterhin Argentinien, Griechenland, Polen, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Ungarn. Für die Frage der Minderheiten in der Tschechoslowakei und Polen, Oesterreich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien wurden Unterausschüsse eingesetzt. Die Art der Verhandlungen eröffnet die besten Aussichten auf die künftigen Beschlüsse. Eine zweite Tagung wird im April voraussichtlich in München stattfinden. Vertreter der Minderheiten werden eingeladen werden, das Material der Kommission durch persönliche Ausführungen vor ihr zu ergänzen.“ — In der Theorie sehr schön, was wird die Praxis bringen??

Eine deutsche Arbeitspartei wurde Ende Januar in Lodz gegründet. Die Partei stützt sich hauptsächlich auf die breiten Schichten der Kopf- und Handarbeiter der deutschen Einwohner von Lodz. Zu den bevorstehenden Wahlen in den Stadtrat und in den Sejm will die Partei als Sonderorganisation auftreten, selbstredend sind ihr neben den wirtschaftlichen auch die völkischen Nöte unseres Deutschiums keine Nebensache. Der Vorstand der Partei ist sonst rührig. Es wurden bereits Diskussionsabende eingerichtet. Am Freitag, den 10. Februar, sprach Herr Kronig über „Was ist Politik?“

Der deutsche Sejmabgeordnete Oskar Friese wurde auf Beschluß der Deutschen Sejmvereinigung aus deren Bestände ausgeschlossen. Als Grund wurde mangelhafte Parteidisziplin angegeben.

Hilfe für die Wolgadeutschen. Die „Deutschen Nachrichten“ schreiben: Die Landesvereinigung des Deutschiums hat, um der außerordentlich großen Not der aus den Wolgabieten geflüchteten Deutschen, welche jetzt hungernd und frierend in Warschau allmählich eintreffen, abzuhelfen, der „Deutschen Vereinigung im Sejm“ 200.000 Mk. mit dem Auftrage übersandt, hiermit die erste dringende Not der Flüchtlinge zu lindern. Gleichzeitig hat sie bei der „Deutschen Volksbank“ ein Sammelkonto unter dem Namen „Wolga-Spende“ eröffnen lassen, um allen,

die dazu in der Lage sind, die Möglichkeit zu geben, sich an der Unterstützungsaktion für jene unglücklichen Volksgenossen zu beteiligen. Wie wir ferner hören, hat der „Deutschiumsbund Nizhegau“ eine größere Wohltätigkeitsfeier zugunsten der vertriebenen Wolgadeutschen veranstaltet, und es wird angenommen, daß sich nicht nur der gesamte Nizhegau, sondern auch die benachbarten Kreise an diesem charitativen Unternehmen beteiligen werden.

Der Oberbürgermeister der Stadt Bromberg Herr Lukawski erwies sich als ehemaliger Postpraktikant, der im Jahre 1877 vom Kreisgericht in Wadowice bei Krakau wegen Fälschung von Postüberweisungen zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Mit Schimpf und Schande mußte dann der „werte Herr“ sein warmes Plätzchen verlassen.

Die orthodoxe Kirche in Polen sollte ein im Ministerium für Kultus und Unterricht in Warschau ausgearbeitetes Kirchengesetz erhalten. Dadurch wollte man den Gemeinden das Recht der freien Wahl von Geistlichen nehmen, alle Pfaffen und Ämter sollten gemäß den Anordnungen des Exarchen, der vom Staate ernannt und nicht gewählt wird, besetzt werden. Besonders schwerwiegend für die Russen wäre aber die Trennung vom Moskauer Patriarchen, was das Gesetz ebenfalls vorsah. Doch die nach Warschau gekommenen orthodoxen Bischöfe lehnten sich entschieden gegen das Gesetz auf. Sie wiesen auf Grund ihrer Kirchenverfassung hin, daß nur eine Kirchenversammlung aller griechisch-orthodoxen Glaubensgenossen Polens das Recht habe, bindende Kirchengesetze zu schaffen. Sonst hat es weder die Regierung, noch einzelne Geistlichen. „Das Beispiel der rechtgläubigen Kirchenfürsten Polens sollte fürwahr unserem Warschauer evangelisch-orthodoxen „Bischof“ zum Vorbild dienen,“ schreibt die „Lodzer Freie Presse mit Recht.

Geldabrundung auf Tausend in Sowjetrußland. Die Verwaltung der neuen Staatsbank in Sowjetrußland beschäftigte sich neuerdings mit der Einrichtung ihrer Buchhaltung. Es versteht sich, daß die gewaltige Entwertung des Sowjetgeldes die Buchführung, die mit 12-, 15- und vielleicht noch mehrstelligen Zahlen zu tun hat, außerordentlich erschwert. Die Staatsbank hat daher beschlossen, daß bei der Annahme wie auch bei der Ausgabe des Geldes und ferner in der gesamten Buchführung der Staatsbank das Sowjetgeld auf Tausend abzurunden ist.

Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes sind von einer Reise in die sogenannte Tatarische Republik (das Gebiet von Kasan) nach Moskau zurückgekehrt. Sie teilen mit, daß die gesamte Bevölkerung eine sichere Beute des Hungertodes sein werde, wenn nicht innerhalb kürzester Zeit weitreichende Hilfe gewährt werde.

Einem Bericht des Deutschen Roten Kreuzes über die Entwicklung der nach Sowjetrußland entsandten deutschen Hilfsexpedition entnehmen wir:

Auf Anregung des Leiters der Expedition, Herrn Professor Dr. Mühlens, wurde in Moskau ein großes deutsches Laboratorium eingerichtet. Die zur Verfügung gestellten Räume eines früheren Sanatoriums eignen sich ausgezeichnet für diesen Zweck. Das Laboratorium selbst hat 16 Zimmer und genügende Keller, Küchen und Baderäume. Der ärztliche Leiter und die Angestellten werden daselbst wohnen. Außerdem kann darin ein Ambulatorium und eine Apotheke eingerichtet werden.

Inzwischen ist die Frage des Verbleibens einer ärztlichen Mission in Petersburg dadurch wieder brennend geworden, daß Scharen von deutschstämmigen Flüchtlingen, die durch Fleck-

fieber angesteckt sind, neuerdings auch in Petersburg ankommen.

Um Mitternacht vom 27. auf 28. Oktober konnte der deutsche Sanitätszug von Petersburg in der Richtung nach Moskau und weiter nach Kasan abfahren. Der Sanitätszug besteht aus 24 Wagen, die mit dem Zeichen des Roten Kreuzes versehen sind und in großen Lettern die Aufschrift „Deutsches Rotes Kreuz“ in russischer Sprache führen. Darunter befinden sich Operations-, Desinfektions-, Laboratorien-, Bade-, Wasch- und Küchenwagen sowie Wohnwagen für Ärzte, deutsches und russisches Personal.

Die Leitung der Expedition hat mit ungeahnten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, und allein der rastlosen Arbeit und der Aufopferung aller Teilnehmer ist es zu verdanken, daß das Rettungswerk so weit in Fluß gekommen ist.

Anlässlich der von dem Leiter der Expedition gehaltenen Vorträge hat sich gezeigt, daß die große Mehrzahl der russischen Ärzte sehnsüchtig nach deutscher Fachliteratur und deutschen Büchern verlangt.

Einziehung des Jahrgangs 1901. Die Lodzer Wojewodschaft überlieferte dem Regierungskommissar und den Starosten ein Rundschreiben bezüglich der Vorbereitungen zur Einziehung des Jahrganges 1901. Die vorbereitenden Arbeiten für die Musterung dieses Jahrganges müssen bis zum 28. d. M. beendet sein. Zur Musterung haben sich nachstehende Kategorien der jungen Männer vom Jahrgang 1901 zu stellen: a) diejenigen, die bisher keiner Musterung unterworfen worden waren (nicht ausgeschlossen sind Personen, die eine Zurückstellung auf Grund der Art. 61, 63 und 64 erlangt hatten, sofern die Gültigkeitsdauer der Zurückstellungen bereits abgelaufen ist; b) diejenigen, die bei den bisherigen Musterungen als zeitweilig untauglich für den Dienst im stehenden Heere befunden wurden; c) diejenigen, die bei den Musterungen im Jahre 1919 und 1920 als tauglich für den aktiven Militärdienst befunden wurden; d) alle diejenigen, die bei den Musterungen im Jahre 1919 und 1920 zwar für den Dienst im stehenden Heere als völlig tauglich befunden wurden (Kategorie A), aber während der Dienstzeit der Kategorie C und Cz. zugerechnet wurden. Erleichterungen werden nur gewährt auf Grund der §§ 56, 61, 62, 64 und 70 des vorläufigen Militärgesetzes, Zurückstellungen nur bis zum 20. Oktober 1922.

Eine zweite Vermögensabgabe? Die Presse verzeihet das in den hiesigen Regierungs- und Finanzkreisen verbreitete Gerücht, der Finanzminister Michalski habe sich mit dem Gedanken, noch im Laufe dieses Jahres mit der Forderung einer zweiten Vermögensabgabe vor den Sejm zu treten, falls die gegenwärtig zur Einziehung gelangende Vermögensabgabe nicht zu dem erwünschten Ergebnis führen sollte. Der Finanzminister beabsichtigte sie ursprünglich auf 100 Milliarden polnische Mark, später sprach er von 80 Milliarden, in eingeweihten Fachkreisen glaubt man mit kaum 80 Milliarden als Maximum rechnen zu dürfen, und die Höchstsumme dürfte nicht einmal ein Drittel des vorjährigen Staatsdefizits decken, vom diesjährigen Fehlbetrag, der viel größer sein wird, gar nicht zu sprechen.

In Warschau wurde unlängst die erste jüdische siebenklassige Volksschule mit der jüdischen Sprache als Unterrichtssprache eröffnet. Bisher besaßen die Juden nur Schulen mit polnischer Unterrichtssprache. Die Erlaubnis zur Eröffnung der neuartigen Volksschule wurde durch die jüdischen Abgeordneten im Sejm ausgewirkt. Hoffentlich folgen andere Städte dem Beispiel Warschaus! Wie man sich zur jüdischen Umgangssprache auch stellen mag, Daseinsberechtigung hat sie für jeden Fall. Darum mußten die jüdischen Kinder auch

billig und recht in ihrer jüdischen Muttersprache unterrichtet werden.

Trennung der Kirche vom Staate in Litauen. Das litauische Parlament hat den 110. Art. der Verfassung, bezüglich der Trennung der Kirche vom Staate, angenommen und den 112. Artikel, das Verbot der Tätigkeit der Jesuiten betreffend, abgelehnt.

Die Rinderpest in den östlichen Provinzen der Republik Polen befindet sich gegenwärtig im Schwinden. Die Krankheit wurde in 21 Ortschaften erfolgreich bekämpft; nur in zwei Orten tauchte sie von neuem auf. Grimpft wurden im Monat Dezember 6262 Stück Vieh, gefallen sind 5, abgetötet wurden 4 Stück. Seit Auftreten der Rinderpest wurden insgesamt 5666 Stück getötet, gefallen sind 5168, erkrankt waren 13.027. Dank der zielbewußten Arbeit der tierärztlichen Expeditionen wurde der Rinderpest Einhalt getan.

Auf der Warschauer Getreidebörse zahlte man am 10. Februar für einen metrischen Zentner (100 Kilogramm = 6 Pud). Roggen (mit Zustellung nach Warschau) 8800, Hafer (ebenfalls mit Zustellung nach Warschau) 9200, Mais 12500, Seradella 13500, Gerste 8200 Mk.

Die ausländischen Geldwährungen machten im Laufe der vergangenen Woche keinerlei große Schwankungen durch; so zahlte man am:

	7. 2.	9. 2.	11. 2.
1 Dollar	3282 Mk.	3310 Mk.	3355 Mk.
1 Pf. Sterling	14425	14600	14750
1 franz. Frank	281	284	292
1 russ. Rubel	16	16	17

Spenden.

Für den „Volksfreund“: Durch Herrn Breuer, Zgierz, von Herrn Silke, 300 Mk.; E. Zillich 100 und H. L. Feld, Adamowa, 250; durch Herrn Pastor Bierchen, Somolino; Herren T. Mantusiel 50, Solzin 100, G. Möller 20, H. Kihmann 35, R. Jerke 15, Lietke-Skrupkawa 300, Großer-Bialystok 100, A. Waabe-Sadowski 250, T. Swalek 1000 und B. Meyer-Zgierz 500, H. Schaf-Przezdów 100, Ph. Kober, J. Seifert und J. Schindel 30 und Frau S. Müller, E. Knobloch-Przezdów 100, Herr E. Sarchmann-Szumales 300.

Für die Rückwanderer in Groß-Paprad: Durch Herrn Hermann in Szyszak-Holendry 7000 Mk., durch Herrn Heine 5,820, durch Herrn H. E. Schnell-Dombrin 300, durch Herrn H. N. Koski 2000 und durch Herrn H. N. Kozy 500 Mk.

Für die notleidenden Wolga-Deutschen Durch Herrn Lehrer Welch in Neuczarkor bei Konin 9500 Mk. Die Spender sind folgende: Henriette Bloch 1000 Mk., Adam Lauf 1000, Karl Renn 1000, Rudolf Sasse 500, Julius Hennig 500, Karl Milbradt 500, Friedrich Milbradt 1000, Joh. Milbradt 100, Jul. Welch 500, August Ziel 500, Jul. Krüger 400, Otto Lauf 500, Ferd. Lauf 200, Olga Schiewe 200 und Neujahrspfeifer 1600 Mk.

Wochenschau.

Inland. Im Sejm wurde in den letzten Tagen über die Schulfrage verhandelt. Es ist dies eine der brennendsten Fragen. Denn soll im Staate alles wohl stehen, so müssen seine Bürger in erster Linie gut erzogen sein. Die Schule ist die Grundlage des ganzen gesellschaftlichen Aufbaues, die erste Bedingung für ein gedeihliches Zusammenleben der verschiedenen Volksschichten, der verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen. Nun kommen wir von russischen Zeiten her, wo das Schulwesen nicht gefördert, sondern auf jegliche Weise gehemmt wurde. Es fehlt vor allen Dingen an Schulgebäuden. So besitzt Lodz, die reiche Halbmillionenstadt, kein einziges eigenes Volksschulhaus, d. h. ein Haus, das speziell für eine Schule gebaut worden wäre. In Warschau dürfte es in dieser Hinsicht nicht viel besser aussehen. Es müssen daher viele Schulen ganz neu gebaut werden. Die Ausgaben dafür betragen

900 Millionen Goldrubel oder 350 Milliarden Mark. Natürlich kann eine solche Summe nicht in einem Jahre aufgebracht werden, wenn auch der Staat nur die Hälfte der Kosten deckt. Man mußte die ganze Angelegenheit auf 15 Jahre verteilen. Dann wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die Läden 10 Stunden lang täglich geöffnet bleiben können. Wenigstens ein Anfang einer vernünftigen Politik.

Die neuen Sejmwahlen sind wieder hinausgeschoben worden und sollen erst im Oktober stattfinden.

Die endgültigen Verhandlungen über Oberschlesien haben in Genf begonnen. Die polnischen und deutschen Bevollmächtigten sind schon nach dorthin abgereist.

Es werden immer mehr Stimmen laut, die ein wirtschaftliches Abkommen mit Deutschland überhaupt und nicht nur über Oberschlesien verlangen.

Das polnisch-französische Abkommen in bezug auf das Eigentum und die Rechte von Privatpersonen, auf Ausbeutungsrechte polnischer Petroleumgruben sowie auch auf Handelsrechte wurde am 6. Februar unterzeichnet und ist auch mit diesem Tage in Kraft getreten.

Litauen verlangte von Polen die Räumung des Wilnaer Gebiets, was dieses aber abgelehnt hat.

Mit Danzig sollen die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Polen wünscht ein baldiges Fallen der Wirtschaftsgrenze zwischen beiden Staaten. Doch sollen die Kontrolle über das von den Reisenden mitgeführte Geld und die Passkontrolle bestehen bleiben. Hoffentlich werden auch diese den freien Verkehr hemmenden Bestimmungen bald fallen.

Litauen will das angrenzende Memelland, das zum Teil von Litauern bewohnt wird und früher zu Deutschland gehörte, näher mit sich verbinden in der Form eines selbständigen Bundesstaates unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung beider Nationen, der deutschen und litauischen. Ueberhaupt scheint die litauische Regierung den ehrlichen Willen zu haben, bei sich wirkliche Gleichberechtigung der Volksminderheiten einzuführen. In die Verfassung ist das Gesetz über eine kulturelle Autonomie für die Volksminderheiten aufgenommen worden.

Rußland. In den Kreisen Mariupol, Gryfin und Taganrog am Arow'schen Meere hat der Hunger einen katastrophalen Umfang angenommen. Gegen eine halbe Million Einwohner besitzen nicht die allernotwendigsten Lebensmittel. Im Gouvernement Samara hungern 1,200,000 Einwohner. Der Hunger hat auch das Gouvernement Poltawa, das den fruchtbarsten Boden besitzt, ergriffen.

Die Jakuten in Ostibirien haben sich den Weißgardisten, den Gegnern der Sowjetregierung, angeschlossen. Dadurch sollen die Goldgruben an der Lena bedroht sein. Der Bürgerkrieg dauert also noch fort und vernichtet nach und nach auch die letzten Reste des Nationalreichtums in dem vielgeprüften Lande.

Auch Rußland will mit Deutschland wieder wirtschaftliche Beziehungen anknüpfen. Der während des Krieges künstlich geschürte Haß ist nun endlich bis auf kleine Reste der in Paris wohnenden Emigranten geschwunden. Das Bündnis mit Frankreich hat Rußland keinen Segen gebracht.

Deutschland hat an die Garantiekommission die dritte Rate in Höhe von 10 Millionen Goldmark gezahlt. Der Eisenbahnstreik hat nun wirklich aufgehört. Er hat dem Staate einen Schaden von einigen 100 Millionen Mark gebracht.

Frankreich will zwar kein militaristischer Staat aber doch ein Militärstaat sein. Deutschland, vor dem es eine große Furcht zu haben scheint, will es dies natürlich nicht zugestehen.

Ungarn. Auch hier soll die Armee auf ein Minimum herabgesetzt werden.

Oesterreich soll eine Anleihe von 2 Millionen Pfund Sterling erhalten.

Bulgarien und Griechenland rüsten gegenseitig zum Kriege. Haben die Leute noch nicht genug.

Amerika. Die Konferenz in Washington, die die Abrüstung aller Staaten herbeiführen wollte und mit so großen Hoffnungen begonnen wurde, ist nun nach dreimonatlicher Dauer mit nur ganz belanglosen Ergebnissen geschlossen worden.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H. Petrikauer Straße 86

Reklamationen

über in Verlust gegangene Zeitungsnummern haben gar keinen Zweck, wenn ihnen nicht von Zeugen unterzeichnete Protokolle beiliegen, aus denen das Verschulden namentlich aufgeführt ist. Bitte beachten.

Nur in solchen Fällen können wir gegen die Schuldigen vorgehen.

Die Geschäftsstelle

Viel Geld

ersparen Sie sich, wenn Sie Ihre nötigen landwirtschaftlichen Maschinen für die Frühjahrsbestellung oder eine Erntemaschine oder Häckelmaschine nur bei **Edmund Nikel, Lodz, Petrikauerstr. 234.** kaufen.

heute billiger als je **Milch-Separatoren** für 30 bis 120 Liter Stundenerleistung, empfehle stets ab Lager zu den niedrigsten Preisen. 3-1

Wochen-Ausgabe der Weser-Zeitung für Ausland und Uebersee.

Als Vorkämpfer für die Wiederherstellung deutschen Ansehens und deutscher Geltung im Auslande will die Wochen-Ausgabe der Weser-Zeitung ein festes Bindeglied zwischen unseren Volksgenossen im Auslande, Freunden des Deutschland und der deutschen Heimat sein. Sie bringt alle wertvollen Aufsätze und Nachrichten aus Politik, Wirtschaft und dem deutschen kulturellen Leben — unter besonderer Berücksichtigung deutscher und nordwestdeutscher Verhältnisse — die im Laufe der Woche in den 3 täglichen Ausgaben der Weser-Zeitung, der führenden politischen und Genossenschaftszeitung Nordwestdeutschlands, veröffentlicht wurden. Bezugspreis für die jeden Dienstag erscheinende Wochen-Ausgabe vierteljährlich Mk. 40.— portofrei unter Streifenband. Bestellungen an den

Verlag der Wochen-Ausgabe der Weser-Zeitung für Ausland und Uebersee, Bremen, Hutfilterstraße 12/14.



Spargelder
verzinsen wir
bei möglicher Kündigung mit 8%
6-Monats 7%
1-Jährig 6%
Deutsche Genossenschaftsbank in Polen.
Bohlg. Aljeje Koseluszki 46447.

